

PROTOKOLL

der Sitzung des Ausschusses Umwelt und Klimaschutz der Stadtverordnetenversammlung Cottbus/Chósebuz vom 16.06.2022

Austragungsort: Stadthaus, Erich-Kästner-Platz 1, 03046 Cottbus/Chósebuz
Saal

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:55 Uhr

Anwesenheit: siehe Anwesenheitsliste

I. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1

Eröffnung der Sitzung

Herr Simonek eröffnet die Sitzung und begrüßt die Mitglieder und Anwesenden sowie die Gäste. Alle Anwesenden haben sich im Vorfeld der Videokonferenz mit der Aufzeichnung des Livestreams einverstanden erklärt.

Zu TOP 2

Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Die Ladung erfolgte ordnungsgemäß.
Der Fachausschuss ist beschlussfähig.

Zu TOP 3

Entscheidung über vorgebrachte Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der letzten Sitzung

keine

Zu TOP 4

Bestätigung der Tagesordnung der Sitzung

Die Tagesordnung ist allen Ausschussmitgliedern zeitnah zugekommen. Zur Tagesordnung gibt es folgende Ergänzungen:

Die Behandlung der TOP 6.2; 6.3; 6.4 findet in veränderter Reihenfolge statt.

Zu Punkt 9 - Sonstiges:

9.1 Projektvorstellung Cottbuser Erlebnispfad

9.2 Neuigkeiten von der Fischaufstiegsanlage (Herr Böttcher)

9.3. Niederschlagsentwässerung (Frau Kühl)

9.4. Mahd öffentlicher Grünflächen (Herr Kauczor)

Abstimmung zur Tagesordnung:

Von 11 Stimmen: 11 : 0 : 0

Zu TOP 5

Anfragen aus der Stadtverordnetenversammlung

Es werden keine Anfragen gestellt.

Zu TOP 6

Berichte und Informationen

Zu 6.1

Berichterstattung zur aktuellen Lage zur Bekämpfung der afrikanischen Schweinepest (ASP)

Herr Lalk (1. Beigeordneter/Dezernent LK-SPN) und Frau Thiele (stellv. Amtstierärztin LK-SPN) vom Landkreis Spree-Neiße berichten:

Die Afrikanische Schweinepest (ASP) ist im Dezember 2019 in ca. 30 km Entfernung von der deutsch-polnischen Grenze in Polen nachgewiesen worden. Im Dezember 2019 installierte man einen 60 km langen Elektrozaun an der Grenze zu Polen. Von Dezember 2019 bis August 2020 erfolgte die Pflege und Wartung des Zaunes.

Als die ASP auf 10 km näher rückte, wurden erste Maßnahmen gemäß Schweinepestverordnung eingeleitet. Am 10.09.2020 gab es den ersten Fund in der Nähe von Sembten. Es wurden Risikogebiete festgelegt, erweitert und angepasst. Die Einberufung einer operativen Gruppe erfolgte. Die Landwirtschaft war in dieser Zeit enorm gestört. Im Juli 2021 fand man neue Schweinekadaver, somit begann alles wieder von vorne.

Insgesamt ist zu sagen, dass die ASP in Grenzen gehalten werden konnte. Gefunden und entsorgt wurden 379 Stück Schwarzwild. Innerhalb des Landkreises waren vier Personen für die ASP-Abwehr eingesetzt. Der Schutzkorridor zu Polen wurde verdoppelt.

Information von Herr Dr. Bialas:

Herr Schneider von der Agrargenossenschaft Heinersbrück berichtete, dass Großrotten von 60 – 80 Tieren gesichtet worden sind und bittet um Einleitung dringender Maßnahmen.

Herr Lalk wies darauf hin, dass Restriktionsmöglichkeiten vorhanden sein müssen.

Herr Günther fragt nach, ob die Betriebe große Probleme bei der Absetzung haben.

Frau Thiele antwortet, dass sich an der Situation nichts geändert hat. Der Umgang mit der Schweinepest erfolgt gemäß EU-Richtlinie. Handel und Export unterliegen Restriktionen.

Herr Amat Kreft möchte wissen, ob es Wege gibt, Immunität zu schaffen.

Frau Thiele sagt, dass es Anstrengungen gibt, aber ein Impfstoff demnächst nicht zu erwarten ist, da es sich um einen schwierigen Virus handelt.

Herr Steinberg möchte wissen, wie sich die Kosten verteilen.

Herr Lalk erklärt, dass vom Land Brandenburg eine Billigkeitsrichtlinie erlassen wurde. Tatbestände sind durch die Billigkeitsrichtlinie abrechenbar, nicht erstattungsfähige Kosten trägt die Kommune.

Herr Simonek fragt nach, warum die infizierten Tiere nicht nach Frankfurt/Oder gebracht wurden und warum es keine Impfung gegen die klassische Schweinepest gibt.

Herr Lalk antwortet, dass die Proben zuerst in das Landeslabor gehen, im Referenzlabor Riems wird dann gegengecheckt.

Frau Dr. Thiele führt zur Impfung führt aus, dass es sich um völlig verschiedene Viren handelt und es noch weiterer Forschung bedarf.

Zu 6.3

Vorstellung Haushaltsschwerpunkte 2023 für das Amt 70

Frau Reinschke (Amtsleiterin) stellt den Ausschussmitgliedern den Haushalt vor (siehe Anlage).

Planansätze können auf Grund von Preisanpassungen erst nach dem 30.06.2022 ermittelt werden.

Herr Dr. Bialas gibt den Hinweis, dass bei der Nachsorge der Deponie Saspow nur Mindeststandards zur Anwendung kommen sollen und nicht eine „noble“ Nachsorge betrieben wird.

Zu 6.2 und 6.4

Vorstellung der Haushaltsschwerpunkte 2023 des FB 66 und FB 72

Frau Kunze, Fachbereichsleiterin vom FB 66 und Herr Böttcher, Fachbereichsleiter vom FB 72 stellen den Ausschussmitgliedern den Haushalt vor (siehe Anlagen).

Herr Böttcher berichtet über die Produkte Bodenschutz- und Altlasten, Gewässerbewirtschaftung und Gewässernutzung, Naturschutz und Landschaftspflege sowie Forstwirtschaft.

Im Produkt Naturschutz und Landschaftspflege befinden sich zwei Sachkonten des FB 66. Diese stellt Frau Kunze vor.

Frau Kunze stellt die Sachkonten des FB 66 im Produkt Natur- und Landschaftspflege vor. Mehrbedarfe ergeben sich im Wesentlichen aufgrund des erhöhten Pflegebedarfs der Grün- und Verkehrsflächen (Bsp. Baumpflege und Bewässerung, Ersatzpflanzungen sowie Baumkontrollen, Gutachten und Konzepte).

Herr Böttcher berichtet von investiven Maßnahmen im FB 72. Diese beziehen sich auf einen Ersatzneubau am Stauwerk Skadow, zwei Grundwassermessstellen im Merzdorfer Weg sowie die Stauanlage in Branitz.

Herr Weißflog sagt zu den Mehrbedarfen, dass man darauf achten sollte, dass diese auch in der Haushaltsdiskussion erhöht werden. Alles andere ergibt keinen Sinn.

Frau Kühl möchte wissen, ob es Fördermittel für die Entwicklung solcher Konzepte (Bsp. Kleingartenentwicklungskonzept) gibt?

Weiterhin möchte Frau Kühl wissen, wie die Erfolgsquote bei der Ermittlung der Verursacher bei illegaler Entsorgung von Abfällen im Stadtgebiet ist und ob Vandalismus bei Grundwassermessstellen über Versicherungsschäden ausgeglichen werden können.

Herr Böttcher antwortet, dass in wenigen Fällen Verursacher ermittelt werden können und somit die Allgemeinheit für die Entsorgung aufkommen muss. Bei Kenntnisnahme versucht die Verwaltung sich die Entsorgungskosten vom Verursacher zurück zu holen. Zum Vandalismus an Grundwassermessstellen führt Herr Böttcher aus, dass diese meist aus Unkenntnis beim Überfahren mit LkW/PkW, durch Zuwucherung bzw. Verschütten bei der Grundstücksnutzung usw. resultieren.

Frau Kunze geht auf die Frage der Förderprogramme ein. Der FB 66 prüft ständig die Möglichkeit des Fördermitteleinsatzes. Das angesprochene Kleingartenentwicklungskonzept wird gemeinsam mit dem Fachbereich 61 betreut werden (Prüfung Einsatz von Lotto-Mitteln). Dabei ist zu berücksichtigen, dass bei dem Einsatz von Fördermitteln auch der Eigenanteil der Stadt im Haushalt gesichert wird. Gleichwohl verhält es sich bei den anderen Konzepten. Neue Fördermittel werden zukünftig im Bereich Klimaanpassung und Klimaschutz erwartet. Die Verwaltung bereitet alle Prozesse vor, in der Erwartung, Fördermittel akquirieren zu können. Aktuelle Aussagen zu möglichen Fördermitteltöpfen können derzeit nicht getroffen werden.

Herr Dr. Bialas möchte wissen, wie der Mehrbedarf von 100.000 € im FB 66 untersetzt ist, sind dort schon Mehraufwendungen für Spielplätze enthalten? Hier gibt es ja einen aktuellen Antrag, welcher zusätzliche Mittel für die Unterhaltung der Spielplätze vorsieht. An dieser Stelle besteht die Möglichkeit der Protokollierung (Festlegung in der Niederschrift), wenn die Mehrheit des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz dies unterstützt.

Hierauf antwortet Frau Kunze, dass ein Mehrbedarf berücksichtigt wurde, welcher aus der fachlichen Sicht des Fachbereiches erforderlich wird. Mit diesen Zahlen geht der FB 66 in die Haushaltsklausur. Im Bereich der Ausstattung der Kinderspielplätze besteht ein Mehrbedarf, welcher in einer ersten Haushaltsbesprechung, unter Berücksichtigung des besagten Antrages, besprochen wurde. Dementsprechend wurde eine Erhöhung durch den FB 20 gebilligt. Eine konkrete Summe kann erst nach der Haushaltsaufstellung benannt werden.

Herr Simonek führt aus, dass im Protokoll festgehalten wird, dass die notwendigen Mehrbedarfe der FB's 66 und 72 in der Haushaltsdiskussion stärkere Berücksichtigung finden. Einvernehmen wurde seitens des Fachausschusses dazu festgestellt.

Zu TOP 7 Vorlagen der Verwaltung

Zu 7.1

Vorlage II-005/22

Zukünftige Organisationsform der Abfallentsorgung/Fäkalienentsorgung und Straßenreinigung/Winterdienst für die Stadt Cottbus/Chóšebuz sowie Auftrag zur Vorbereitung der Umsetzung

Herr Bergner berichtet einleitend:

Bereits im März 2021 gab es eine Grundsatzentscheidung, dass man sich über eine Projektgruppe auf den Weg macht, Ergebnisoffen zu prüfen, welches die beste Variante unter Beachtung verschiedener Kriterien für die Stadt Cottbus/Chóšebuz ist. Die Projektgruppe wurde unter anderem aus je einem Fraktionsmitglied gebildet (Hauptamtliche + ehrenamtliche Verwaltung). Gewünscht ist eine hundertprozentige Rekommunalisierung. Seitens der Gutachter wurde vorgeschlagen, eine gemischt wirtschaftliche Gesellschaft zu gründen. Aus den Reihen der Fraktion gab es allerdings große Fragen. So fand am 09.06.22 eine Sonderzusammenkunft statt, in der die Vorlage durch einen Antrag ergänzt wurde. Mit der Zustimmung der Stadtverordneten soll im Januar 2023 die Vorlage in die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Cottbus/Chóšebuz eingebracht werden. Der Antrag liegt allen Stadtverordneten vor.

Herr Simonek schlägt vor, den Änderungswunsch zur Vorlage abzustimmen. Die Vorlage soll unter den Bedingungen des gemeinsamen Antrages in die Stadtverordnetenversammlung kommen.

Frau Charlie von der Kanzlei GGSC und Herr Ihli von der Firma econum präsentieren dem Ausschuss ihre Vorschläge (siehe Anlage).

Abstimmungsergebnis: Der Fachausschuss empfiehlt die Zustimmung zur Vorlage II-005/22

Von 11 Stimmen: 11 : 0 : 0

Zu 7.2

Vorlage IV-036/22

Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan - „Gewerbegebiet Dissenchen – Verlängerung Werner-von-Siemens-Straße“

Herr Hauzenberger stellt dem Ausschuss den Aufstellungsbeschluss vor (siehe Anlage). Das Gebiet befindet sich nördlich der Werner-von-Siemens-Straße. Der Bebauungsplan ist aus dem Jahr 1993. Bisher gibt es nur eine minimale Auslastung mit 10 Prozent gewerblicher Nutzung. Mit dem Bau der Ortsumgehung gab es eine Verschiebung der Straße. Hier soll ein hochwertiger Gewerbestandort entwickelt werden.

Abstimmungsergebnis: Der Fachausschuss empfiehlt die Zustimmung zur Vorlage IV-036/22

Von 11 Stimmen: 11 : 0 : 0

Zu 7.3

Vorlage IV-037/22

Aufstellungsbeschluss Bebauungsplan „Cottbuser Hauptstrand“ sowie Änderung des Flächennutzungsplanes

Herr Gutsche stellt den Bebauungsplan vor (siehe Anlage). Hier soll ein hochwertiger Strand – ein sog. Premiumstrand entstehen. Dieser soll eine entsprechende Ausstattung erhalten. Der Strand befindet sich zwischen Merzdorf, Dissenchen und Schlichow. Gastronomie, Umkleiden und Sanitäreanlagen sollen hier gebaut werden. Das Gebiet umfasst eine Fläche von 33 ha. Die Ortsbeiträge wurden beteiligt. Die Förderung erfolgt aus der Förderkulisse Cottbuser Ostsee. Der Satzungsbeschluss wird für Juli 2024 erwartet.

Abstimmungsergebnis: Der Fachausschuss empfiehlt die Zustimmung zur Vorlage IV-037/22

Von 11 Stimmen: 11 : 0 : 0

Zu 7.4

Aufstellungsbeschluss Bebauungsplan „Südhof Döbbrick“ sowie Änderung des Flächennutzungsplanes

Vorlage IV-039/22

Herr Gutsche stellt den Ausschussmitgliedern den Bebauungsplan vor (siehe Anlage).

Der künftige Südhof Döbbrick befindet sich am südlichen Ortsausgang von Döbbrick in Richtung Skadow und umfasst eine Fläche von 2 ha. Es handelt sich um einen privaten Investor. Dieser möchte hier eine Longier- und Reithalle sowie ein Wohnhaus (betriebsnahes Wohnen) errichten. Die Bebauung soll straßenbegleitend bis zur einer angrenzenden Aufforstungsfläche erfolgen. Der Ortsbeirat Döbbrick wurde beteiligt und hat zugestimmt. Der Investor übernimmt sämtliche Kosten. Der Satzungsbeschluss wird für Dezember 2023 avisiert.

Herr Simonek möchte wissen, ob im Innen- oder Außenbereich gebaut wird, oder der Hof nur erweitert werden soll.

Herr Gutsche antwortet, dass der Hof vollständig bebaut ist und eine Erweiterung straßenbegleitend bis zur Aufforstungsfläche angestrebt wird.

Herr Richter fragt nach, ob es in die Fläche geht. Hier werden Flächen wieder versiegelt. Gibt es eine Skizze?

Herr Gutsche erklärt, dass das bauliche Konzept nur in der Flächenausweisung besteht. Es ist ein straßenbegleitendes Bauen, das nicht in die Tiefe geht.

Frau Merz merkt an, dass straßenbegleitend gebaut werden kann. Für das Ortsbild ist dies positiv zu bewerten.

Herr Schenker fragt nach, ob nicht Baufenster festgelegt werden können.

Darauf antwortet Herr Gutsche, dass Baufenster festgelegt wurden. Die Bebauung soll nur in dem Streifen stattfinden.

Abstimmungsergebnis: Der Fachausschuss empfiehlt die Zustimmung zur Vorlage IV-039/22

Von 11 Stimmen: 6 : 4 : 1

Zu 8. Anträge aus der Stadtverordnetenversammlung

Zu 8.1

AT-19/22

Prüfung der Nutzung von klimaschädlichen Heizstrahlern in der Außengastronomie

Herr Weißflog sagt, dass es bei diesem Antrag darum geht, die Nutzung von gasbetriebenen klimaschädlichen Heizstrahlern zu reduzieren. Dies soll auf Freiwilligkeitsbasis geschehen. Es soll durch die Verwaltung geprüft werden, welche Möglichkeiten die Stadt Cottbus/Chósebuz rechtlich hat, die Nutzung zu reduzieren bzw. zu untersagen.

Herr Dr. Bialas ist der Meinung, dass die hohen Gaspreise den Einsatz relativieren werden. Er sieht keinen Grund für Verbote.

Herr Richter glaubt nicht daran. Heizstrahler werden nicht erst seit Corona eingesetzt. Man müsse alles tun, um gegenzusteuern.

Herr Weißflog sagt, hier geht es um eine Prüfung, welche rechtlichen Möglichkeiten bestehen. Das Ergebnis soll im September vorgelegt werden.

Herr Amat Kreft wird dem Antrag zustimmen, da es viele neue Möglichkeiten gibt. Es ist gut, dass hier geprüft wird.

Abstimmungsergebnis: Abstimmung zum Antrag AT-19/22

Von 11 Stimmen: 8 : 0 : 3

Zu 9. Sonstiges

Zu 9.1

Projektvorstellung Erlebnispfad am Cottbuser Ostsee

Frau Grandke und Frau Vöhl stellen dem Ausschuss das Projekt vor (siehe Anlage). Ein Erlebnispfad soll am Cottbuser Ostsee entstehen. Es hat sich ein Verein gegründet, welcher die Natur erlebbar gestalten möchte. So sollen im Wald Bewegungselemente entstehen.

Generationsübergreifend soll den Menschen die Natur nähergebracht werden. Dabei setzt man auf interaktives Lernen. Unterstützung benötigt der Verein bei kommunalen Flächen, Hinweisschildern, kreativen Ideen, einer Webseite, bei Bänken etc. Sponsoren sind gern gesehen. Auch würde man sich auf Unterstützung vom Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz freuen.

Frau Grandke dankt insgesamt allen Unterstützern.

Herr Dr. Bialas meint, dass hier konkrete Unterstützung gefunden werden solle. Ggf. sollten hierfür auch Haushaltsmittel beim FB 72 eingestellt werden.

Auch Herr Rothe unterstützt das Vorhaben.

Frau Grandke fügt hinzu, dass der „Start“ des Naturerlebnispfades mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbar ist und somit das Thema Umwelt und Klimaschutz voll zum tragen kommt. Im Verein gibt es einen Gießplan, wo verschiedenste Einrichtungen (Bsp. Kita) aber auch Bürger 1x die Woche die Bäume wässern. Die Gasi-Gänger blicken zusätzlich wachsam auf die Gegebenheiten (Bsp. Vandalismus) vor Ort.

Frau Vöhl ergänzt, dass der Naturerlebnispfad außerhalb der Badesaison ein zusätzliches Angebot neben dem Cottbuser Ostsee schafft.

Frau Kühl findet, dass das eine tolle Initiative ist. Man könne sich auch mit dem NABU in Kolkwitz in Verbindung setzen. Mit der Stadt Cottbus/Chósebus sollte man sich zum Thema Fördermittel abstimmen. Zu Bedenken gibt Frau Kühl, dass einige Spielgeräte TÜV-pflichtig sein können. An dieser Stelle müsse man gut aufpassen.

Herr Bergner merkt an, dass dies auch ein tolles Projekt für den kommenden Kinder- und Jugendumweltwettbewerb 2023 zur 31. Cottbuser Umweltwoche sein könnte. Bis zu 500€ werden für den 1. Platz ausgelobt.

Frau Kühl regt an, Künstler-Pleinairs (Bsp. Holzkünstler) zu veranstalten. Hier könnte man einen Aufruf an die Künstler starten.

Herr Simonek schließt den Tagesordnungspunkt und merkt abschließend an, dass die Stadtverwaltung ihr Bestmöglichstes zur Unterstützung beisteuern wird. Es besteht zudem das Angebot, über den Ausschuss An- bzw. Nachzufragen oder zum laufenden Projekt zu berichten.

Zu 9.2

Herr Böttcher – Information zur Fischaufstiegsanlage

Das Gutachten für die Fischaufstiegsanlage (FAA) am Großen Spreeweher liegt nunmehr vor und wird im September vom beauftragten Fischbiologen, Herr Fredrich, sowie dem Wasser- und Bodenverband Oberland Calau vorgestellt.

Herr Böttcher informiert weiterhin, dass die 1. Stufe des Entnahmeverbotes für Oberflächengewässer am 15.06.22 in Kraft getreten ist. Dies ist im Schulterschluss mit dem LK Spree-Neiße. Ein Entnahmeverbot besteht in der Zeit von 8 – 20 Uhr.

Weiterhin informiert Herr Böttcher über den Verbleib der blauen Leitung im Branitzer Park. Diese kann nach Informationen des LBGR oberhalb der Talsperre zurückgebaut werden. Die LWG beginnt in der kommenden Woche mit den Arbeiten.

Zu 9.3

Frau Kühl – Niederschlagsentwässerung

Im gestrigen Bauausschuss gab es einen Tagesordnungspunkt zum Thema Niederschlagsentwässerung, aus dem man nicht befriedigt herausgegangen ist, weil es viele offene Fragen zur Gebührenentwicklung, zum Datenschutzrecht etc. gab. Frau Kühl bittet, das Thema im nächsten Umweltausschuss zu behandeln.

Herr Schenker sagt, dass viele Städte Förderprogramme aufgelegt haben, um die Versickerung vor Ort sicherzustellen. Es sollten die Leute unterstützt werden, die das umsetzen. Hier sollte geprüft werden, welche Fördermöglichkeiten in Cottbus/Chósebus bzw. dem Land Brandenburg bestehen.

Dr. Bialas merkt an, dass es in einem früheren Umweltausschuss schon einmal um das Befliegungskonzept ging. Wenn die Daten vorliegen, sollte dies wieder in den Umweltausschuss gegeben werden.

Herr Böttcher wird bei der LWG hinsichtlich der Datenlage anfragen.

Herr Simonek schlägt vor, nach Vorlage entsprechender Daten, das Thema im September im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz zu behandeln.

Zu 9.4 Herr Kauczor – Mahd von öffentlichen Grünflächen

Zwischen Staatstheater und Karl-Liebknecht-Straße wurde der Rasen extrem gestutzt. Auch auf dem Gelände der Bibliothek (Stadt- und Regionalbibliothek) beobachtete Herr Kauczor eine extreme Rasenmahd. Wird das, was in den Fachausschüssen besprochen wird auch umgesetzt?

Dazu sagt Herr Simonek, dass dies immer auch mit bestimmten Pflegeverträgen zusammenhängt. Die beiden konkreten Fälle sollen geprüft und seitens der Verwaltung beantwortet werden. Vielleicht setzt man sich mit den Pflegefirmen noch einmal in Verbindung. Eine Informationsveranstaltung seitens des NABU (Herr Wilken) wurde als Idee vorgeschlagen.

Herr Günther erzählt, dass die Stadtwerke Cottbus/Chósebus planen, eine Wärmepumpe am Cottbuser Ostsee zu installieren, um die vorhandene Energie zu nutzen und 40% der

Fernwärmebedarfs der Stadt damit abzudecken. Hiermit sollte sich der Umweltausschuss näher befassen.

Herr Simonek antwortet, dass es ein derartiges Projekt seitens der Stadtwerke gibt. Ausschlaggebend wird sein, dass für dieses Projekt die erforderlichen Fördermittel zur Verfügung gestellt werden.

Herr Bergner berichtet, dass man sich schon länger gemeinsam zu diesem Thema auf den Weg gemacht hat. Es gibt seit längerem dazu eine Arbeitsgruppe (HKW, EVC, Stadtverwaltung). Auch wurden bestehende Anlagen in der Schweiz und Finnland besucht, um von den Erfahrungen zu partizipieren. Eine derartige Anlage kostet sehr viel Geld und ist ohne eine hohe Förderung nicht möglich. Mit dem Thema befasst sich nach Neugründung nunmehr intensiv der Geschäftsbereich V (Herr Korb) die Wirtschaftsregion Lausitz (Projektanmeldung).

Herr Dr. Bialas informiert ganz aktuell, dass es Gespräche gab, um die Förderung von 45% auf 90 – 100% aufzustocken. Die Gespräche dazu beim Land laufen derzeit aber noch (Ausnahmegenehmigungen).

Herr Simonek informiert, dass der Imagefilm zur 30. Cottbuser Umweltwoche per nachfolgendem Link angesehen werden kann.

www.cottbus.de/Umweltwoche

gez. Georg Simonek
Vorsitzender des Ausschusses

gez. Sabine Roick
Protokollführerin FB Umwelt und Natur